




Wir brauchen einen Mindestlohn

Wir brauchen einen Mindestlohn
Zum Globalen Lohn-Report der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erklärt Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Heute hat die Internationale Arbeitsorganisation ihren Globalen Lohn-Report vorgestellt. Im globalen Durchschnitt sind demnach die Löhne im vergangenen Jahr nur um 1,2 Prozent gestiegen. In den meisten Ländern halten die Löhne nicht mit dem Produktivitätswachstum Schritt. Zudem belegen auch in Deutschland zahlreiche Untersuchungen eine wachsende Ungleichheit bei den individuellen Einkommen: Die Schere zwischen Gering- und Topverdienern wird immer größer. Die politischen Konsequenzen, die aus dem Report zu ziehen sind, liegen auf der Hand: Um weiteres Lohndumping und die Unterbietungskonkurrenz zu Lasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu verhindern, brauchen wir dringend eine generell festgeschriebene Lohnuntergrenze sowie branchen- und regionspezifische Mindestlöhne. Es kann nicht sein, dass die Friseurin in Sachsen-Anhalt nur 4,12 Euro brutto in der Stunde verdient. Das ist staatlich tolerierte Ausbeutung, die gestoppt werden muss. In 20 europäischen Ländern gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. Deutschland darf hier nicht hinterherhinken. Drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, das sollte die Regierung Merkel endlich anerkennen."
PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: <mailto:presse@gruene.de>
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.